

## Das Verhältnis von Linksparteien und Gewerkschaften in Europa

---

Prof. Dr. Helga Grebing, geb. 1930 in Berlin, leitet das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung an der Ruhr-Universität Bochum,

### Die alten Zeiten sind vorbei

Spätestens seit den siebziger Jahren veränderte sich das historisch eingespielte Verhältnis von Linksparteien und Gewerkschaften. Den ersten Schritt zur Auflösung einer traditionsreichen Partnerschaft haben nicht die Parteien der Linken, sondern die Gewerkschaften getan, die überall in Europa spätestens in den siebziger Jahren die Grenzen der traditionellen Sozialpolitik hin zur allgemeinen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik überschritten. Dies trug zum Zerfall des politischen Primats der Parteien bei und leitete die Ablösungsprozesse der Gewerkschaften von den sie dominierenden oder doch protegierenden Parteien ein, die inzwischen in unterschiedlichen Graden zu Ende gebracht worden sind.<sup>1</sup>

Zwischenzeitlich, das heißt seit den achtziger Jahren erfolgte jedoch - wie nicht nur an der Bundesrepublik Deutschland beobachtet werden kann - eine Trendumkehr: Die Linksparteien beschleunigten fast vorauseilend den Trend zur Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel nicht nur programmatisch, sondern auch strukturell; im linken Spektrum kam es zu einer Ausdifferenzierung der sozialen Milieus und ihrer organisatorischen Verankerung. Die, wie es Walther Müller-Jentsch ausdrückt, gemeinsame Schnittmenge zwischen SPD und Gewerkschaften verringerte sich, als politischer Transmissionsriemen kam auch die CDU in Frage, die Grünen boten sich als Bündnispartner an. Parallel dazu verlief im nördlichen und nord-westlichen Teil Europas die Entkernung der sozialdemokratischen Volksparteien als Arbeiterparteien, so daß der offenere Begriff der Linksparteien, der auch im Hinblick auf die Entdogmatisierung einiger kommunistischer Parteien im südlichen Europa nahelag, zur Kennzeichnung des linken Parteienspektrums angebracht erscheint. Inzwischen wird am Wählerverhalten deutlich, daß das aus den tra-

---

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen finden ihre analytische Basis in dem demnächst im Bund-Verlag, Köln, erscheinenden Band: Helga Grebing, Thomas Meyer (Hg.), Die Zukunft einer Partnerschaft. Linksparteien und Gewerkschaften in Europa; hier insbesondere Andrei S. Markovits, Arbeiterbewegung in Europa — Versuch einer Periodisierung des Traditionsbündnisses zwischen Gewerkschaften und Parteien, sowie die Länderanalysen Deutschland (Walther Müller-Jentsch), Schweden (Gunnar Frederiksson), Frankreich (Bruno Groppo), Großbritannien (Günther Degen), Österreich (Herbert Ostleitner), Spanien (Antonio Lopez-Pina), Italien (Mario Telo). Vgl. auch als erste Versuche zur Orientierung, die mit diesem Beitrag fortgeschrieben werden: Helga Grebing, „Abschied von der Arbeiterbewegung“ - Ein international vergleichbares Phänomen in nachindustriellen Gesellschaften? in: GMH 2/1987; dies., Gesellschaftlicher Wertewandel und die Suche nach einer neuen Parteiidentität in den Sozialdemokratien Europas seit den 70er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 29,1989.

ditionellen Organisationsformen der alten Arbeiterbewegung heraus entwickelte Modell der linken Volkspartei nicht mehr selbstverständlich als lösungskompetente und durchsetzungsfähige Institution an sich angesehen wird. Spiegelbildlich dazu müssen die Gewerkschaften die Chancen für die Durchsetzung ihrer Interessen in einem viel breiteren politischen Feld suchen als in dem ihnen ursprünglich angestammten. Denkbar erscheint eine Veränderung dieser Diversifizierung erst dann, wenn es den sozialdemokratischen Volksparteien gelingen würde, sich zu Kommunikationsagenturen und Integrationsinstanzen für die großen gesellschaftlichen Themen zu erweitern.

Linksparteien und Gewerkschaften lösen sich aber nicht nur voneinander ab, sondern laufen auch aufeinander zu, da sie beide durch soziale Veränderungsprozesse gleichermaßen betroffen werden. Das einst identische soziale Substrat der Anhänger hat sich weitgehend aufgelöst, und es bilden sich neue soziale Koalitionen jenseits der alten Klassenlinien, je mehr sich in der Gesellschaft die Tertiärisierung durchsetzt und gleichzeitig bisher als Randgruppen übersehene Schichten wie Frauen und Fremde soziales Selbstbewußtsein entwickeln und als Koalitionspartner Gewicht zeigen. Doch wird man, wie das deutsche und das schwedische Beispiel zeigen (und seit kurzem auch das der Labour Party in England), noch eine geraume Zeit davon ausgehen müssen, daß gleichzeitige Ungleichzeitigkeiten wirkungsmächtig bleiben werden, die sich äußern werden als Überschneidungen zwischen arbeitnehmerorientierten, auf kollektiven Handlungsbedarf angelegten Tendenzen der altindustriellen Linken und den Trends einer Neubürgerlichen hedonistischen Kultur, deren Partizipanten es gelernt haben, ihre Interessen individuell autonom oder höchstens in Gruppen partikularisiert zu vertreten.

#### Zerbrechliche Ansätze für neue Gemeinsamkeiten

Die zweite Hälfte der achtziger Jahre hat dann noch einmal eine Dynamik in Gang gesetzt, die zunächst auf weitere Entkopplungsprozesse zwischen Linksparteien und Gewerkschaften hinzuweisen schien, aber eben nur schien, denn im Ergebnis könnten sich neue Annäherungsformen einstellen. Zunächst sah es so aus, als würden Linksparteien und Gewerkschaften, noch einmal vereint in der Verfolgung alter Strategien, ihr Monopol auf die Repräsentation progressiv definierter Interessen in ökologischen und antinuklearen Fragen aufs Spiel setzen, wenn nicht verlieren; ein herausragendes Beispiel dafür war das AKW-Projekt Zwentendorf in Niederösterreich, das von den Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei massiv befürwortet wurde und dann auf öffentlichen Druck hin aufgegeben werden mußte. Aber es waren nicht die kleinen, entschiedenen, fundamentalistischen Parteien, die vom öffentlichen Wertewandel profitierten, sondern die großen Linksparteien haben inzwischen (wie in Deutschland) nach den Programmdebatten der letzten Jahre das verlorene Terrain zurückgewonnen oder sind dabei, dies zu tun (wie in Italien). Zeitverschoben scheint sich bei den Gewerkschaften ein vergleichbarer Prozeß abzuspielen: Während an deren „roter Basis“ (jedenfalls der der alten Indu-

striegewerkschaften) noch immer die „grünen Fragen“ aggressiv zurückgewiesen werden oder recht umständlich und zum Teil nur sehr vordergründig Einstellungs- und Verhaltensänderungen Platz gewinnen, ist der Reflektionsprozeß in den Führungskadern weit gediehen und verspricht bei der Formulierung der zukünftigen programmatischen Positionen wirksam zu werden. Allerdings müßte es parallel zu den strukturellen Veränderungen der Produktionsweise gelingen, die Klientele der Gewerkschaften umzuschichten vom altlinken „Universalismus der Klasse“ zum kollektiven „Partikularismus der Gruppe“ (Markovits).

Aus dem Gleichlauf von Bestrebungen, die zu mehr Offenheit und Beweglichkeit führen sollen, ergäbe sich für Linksparteien und Gewerkschaften ein Projekt der Modernisierung, in dem sich beide nicht mehr als bloße Interessenvertretung verstehen, sondern sich als aufeinander zukommende Teile der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung begreifen lernen wollen, für deren Handlungsrahmen - die zivile Gesellschaft und die demokratische Republik - sie mit einzustehen haben werden. Doch sind dies noch kaum gedeckte Wechsel auf die Zukunft, wie das Schicksal des einst so überaus erfolgreichen altsozialdemokratischen schwedischen Modells zeigt.

#### Vor dem Ende des „sozialistischen Projektes“ in Schweden?

Nach mehreren Jahrzehnten verlässlicher Solidität (mit kleinen Schüben von Erosionserscheinungen) ist in Schweden inzwischen (nach den 1991er Wahlen) die große „neue Unübersichtlichkeit“ ausgebrochen. Und wenn Schweden als eine Art soziologisches Barometer für die nördliche Variante des sozialdemokratischen Entwicklungsmusters gelten sollte, dann Gnade Gott dem „sozialistischen Projekt“: Nur noch 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder stimmten bei den letzten schwedischen Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie, die Macht der (jüngeren) Wechselwähler wächst rapide, der harte (alt gewordene) Kern der genuinen sozialdemokratischen Wählerschaft nimmt ebenso rasant ab. Sozial Ausgegrenzte oder Nicht-Integrierbare werden von den rechtspopulistischen Strömungen gefischt; diejenigen, die von neuen Trends nach rechts Positionsverluste befürchten müssen - vor allem die Frauen und die im öffentlichen Dienst Tätigen -, reagieren ängstlich auf die neuen Ungewißheiten.

Während sich die alte SAP in Kooperation mit den Gewerkschaften noch auf die herkömmlichen politischen Instrumente eines moderaten Zentralismus verläßt, zieht die neue bunte Karawane keineswegs entpolitisiert, sondern auf individuelles Handeln oder ad hoc-Gruppierungen setzend an ihnen vorüber. Beide - Sozialdemokratie und Gewerkschaften - stehen einstweilen vor einem unlösbaren Problem: In dem Maße, in dem sie, um verlorenes Terrain wieder zurückzugewinnen, sich verschiedenen Mittelklassensubstraten zuwenden, desintegrieren sie die angestammten Unterschichten.

### Gar kein glückliches Österreich mehr?

Vor ähnlichen Problemen steht das südlichste der altsozial-demokratischen Nordlichter: Österreich. Allzu lange haben hier Sozialistische Partei und Gewerkschaften auf die strukturelle Dominanz der verstaatlichten Industrie gesetzt und im übrigen deren Anfälligkeit im Kontext des altindustriellen Strukturwandels durch die flankierenden Maßnahmen des „Austro-Keynesianismus“ kompensiert. Nun, nach der Schwächung des neu-österreichischen Tripartismus (Partei, Gewerkschaften, Regierung), scheint erst einmal Ratlosigkeit angesagt; denn eine Problemlösung kann es ja nicht sein, daß sich die Sozialistische Partei nun in eine sozial-demokratische umbenannt hat, höchstens die scheinbare Selbstbefreiung aus einer Verlegenheit.

### Eine alte Partei will Großbritannien modernisieren

Es muß sich aber erst noch erweisen, ob die von der Labour Party angekündigte „Modernisierung Großbritanniens“, die sich inzwischen auch in einer Reihe von programmatischen Dokumenten niedergeschlagen hat, mehr ist. Denn immer noch besteht die strukturelle Spitzenverbindung von Gewerkschaften und Labour Party ohne gewichtigen Basisbezug und entsprechende Basisakzeptanz, also das alte Binnenverhältnis. Wenngleich seit 1989 das Gewicht der Wahlkreisdelegierten erheblich angehoben worden ist, bleibt selbst bei noch weitergehender Reform des besagten Binnenverhältnisses, die sich auch im Absehen von der gemeinsamen Bindung an eine umfassende Programmatik niederschlägt, die uneingeschränkte finanzielle Abhängigkeit der Partei von den Gewerkschaften.

Eine fast ironisch zu nennende Variante der Reformierung des Binnenverhältnisses zwischen Linksparteien und Gewerkschaften besteht darin, daß das Ein- und Überholen der kontinentalen Sozialdemokratisierung von den Gewerkschaftsführern als Vorstände der Labour Party selbst in die Wege geleitet wurde. Der Wandel in der äußeren Gestalt der Labour Party seit 1989, die Hinwendung zu Europa, das schon erwähnte Konzept der „Modernisierung Großbritanniens“, das auf eine aktive Strukturpolitik zur Unterstützung einer erfolgreichen, international konkurrenzfähigen Marktwirtschaft gerichtet ist, deutet darauf hin, daß alle Partner des traditionellen Bündnisses begriffen haben, daß nur durch eine energische Wende die Lähmung der nahezu widerstandslosen Hinnahme der konservativen Regierungspolitik in den achtziger Jahren korrigiert werden könnte.

### Gehen in Frankreich die Uhren wirklich anders?

Wie es heißt, gehen in Frankreich die Uhren anders. Zeigen sie das Ende des viel beneideten monumentalen gouvernementalen Kultursozialismus nach der Art des Hauses François Mitterrand/Jack Lang an? Die Sozialistische Partei war nie etwas anderes als das, was andere sozialdemokratische Parteien jetzt zu werden fürchten müssen: eine Partei mit Mittelschichten-Überreprä-

sensation fast ohne politische Anbindung an einen gewerkschaftlichen Flügel. Diese besitzen zwar die französischen Kommunisten im CGT - aber was besagt das angesichts des eklatanten politischen Bedeutungsverlustes der Kommunisten und angesichts des Zerfalls der französischen Gewerkschaften, die sich insgesamt auf einen Organisationsgrad von 10 Prozent hin bewegen. Basismobilisierung findet nicht mehr innerhalb des traditionellen Gefüges der Arbeiterbewegung im klassischen Sinne statt, sondern ist, wenn überhaupt, dann außerhalb dieses Zusammenhangs zu finden.

Die politische Praxis hat die französischen Sozialisten längst dazu gezwungen, das emphatisch angekündigte „sozialistische Projekt“ bis hin zur Unkenntlichkeit zu verwischen. Man kann es auch anders sehen: Die neuen Zeiten haben die „Überalterung des intellektuellen Erbes“ (Grosso) der französischen Arbeiterbewegung überdeutlich werden lassen; und die ersatz-sozialistischen Elemente der nationalen kulturellen Tradition, mit denen man sich spätestens seit Jean Jaures im sozialistischen Lager identifiziert hat, verblasen ante portas Europa 1992, das nun auch noch nach Osten großräumig offen ist.

#### Der italienische Fall - ein Sonderfall

Auch der italienische Fall kann Apologeten des „sozialistischen Projekts“ nicht eben allzu hoffnungsvoll, wenn auch nicht hoffnungslos, beeindrucken. Zwar ist das Gesamtniveau der Gewerkschaften mit einem den deutschen Verhältnissen angenäherten Organisationsgrad (um 40 Prozent) relativ stabil. Trotz der Aufspaltung in weltanschaulich-politische Richtungen haben die Gewerkschaften immer weitgehend eine faktische Einheit bei der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gebildet, und sie haben sich im Verhältnis zu den Kräften der politischen Linken ein gewisses Maß an Autonomie erhalten können oder wiedergewonnen, wie am Beispiel der einst kommunistischen Gewerkschaften CGIL zu demonstrieren wäre.

Dieser relativen Einheit steht eine Fragmentierung des linken politischen Spektrums gegenüber: Zwar bilden der einst kommunistische PCI beziehungsweise der jetzige eher liberaldemokratische PDS mit zirka 20 Prozent und die Sozialisten mit höchstens 18 Prozent der Wählerstimmen eine kompakte Größe, der noch Grüne, Radikale, die „Kommunistische Erneuerung“ (eine Abspaltung des PCI), Sozialdemokraten und das sogenannte „Netzwerk“ (der katholischen Linken) hinzuzufügen wären. Einen knappen alternativen Regierungsblock ergäbe das allenfalls zahlenmäßig, keineswegs vom inhaltlichen Angebot her gesehen; dabei darf das Manko nicht unterschätzt werden, daß der PCI auch in seinen besten Zeiten sich nie wirklich zur Repräsentation einer Regierungsalternative durchgerungen hat, sondern letztlich in einer sozialen Konfliktstrategie hängenblieb und insofern die sogenannte Sozialdemokratisierung nicht wirklich absolvierte. Den Sozialisten blieb die Aufgabe, Schnittmengen zwischen Linken und Rechten zu scharfen (auch einfach durch Regierungsbeteiligung), nicht zuletzt, um die immer noch drohende Koalition zwischen

Christlichen und Kommunisten zu unterlaufen. Auf's Ganze gesehen gab es in Italien die große Allianz zwischen unken politischen Parteien soliden reformistischen Zuschnitts und einem ähnlich harmonisierten gewerkschaftlichen Reformismus, also Koalitionen nach dem „sozialdemokratischen Modell“ Nordeuropas, nicht.

Dazu ist es jetzt zu spät, beziehungsweise es haben sich inzwischen die Anforderungen an eine Modernisierung der italienischen Politik verändert, und beide großen unken Parteien könnten auf dem Wege erscheinen, auf diese Veränderungen Antwort zu geben: die Sozialisten als eine relativ kleine, „leichte“ Partei ohne spezifische Massenbasis, aber mit einer starken personellen Führungskraft, einem Kommunikationsnetz zur Wählerschaft über die Massenmedien und vorläufig noch recht fragilen Verbindungslinien zu den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen; die ehemalige kommunistische Partei, die ja keine sozialdemokratische Partei geworden ist, als eine liberale Partei der demokratischen Linken mit der (noch zu erprobenden) Fähigkeit zu breiten sozialen Bündnissen (auch mit den Gewerkschaften) ohne feste Programmstrukturen, wie sie in der Tradition der Arbeiterbewegung üblich waren. Dieses Tableau verweist darauf, daß die Konstituierung eines neuen Beziehungsgeflechtes der sozialen Kräfte im linken Spektrum des „italienischen Falles“ nicht unmöglich erscheinen muß.

#### Spanien: die Zerstörung einer Tradition

Für Spanien liegen die Dinge weit problematischer. Da sind als Ausgangspunkte zu bedenken zum einen die große Bedeutung der Gewerkschaften in der jüngeren Geschichte Spaniens für die Er kämpfung der Freiheitsrechte und für den Widerstand gegen die frankistische Diktatur sowie zum anderen der fast „organische“ Zusammenhalt zwischen Gewerkschaften und Sozialistischer Partei als Partner für die Verwirklichung des „sozialistischen Projektes“ zur sozial gerechten Umgestaltung der spanischen Gesellschaft. Gemessen an diesen Ausgangspunkten ist das Binnenverhältnis zwischen beiden Partnern inzwischen als desolat, wenn nicht zerstört zu bezeichnen.

In einer Art extremer Beschleunigung hat sich die Sozialistische Partei, von einer traditionellen klassenkämpferischen Basis ausgehend, über eine Sozialdemokratisierung à la Godesberger Programm beinahe in den Status einer modernisierten wirtschaftsliberalen Wahlmaschine nach amerikanischem Muster katapultiert. Das hängt selbstredend mit den technologischen und arbeitsorganisatorischen Umstrukturierungen zusammen, die die spanische Wirtschaft quasi im Zeitraffertempo absolviert, und den mit diesem Wandel verbundenen Veränderungen der traditionellen Werthaltungen. Spanien soll, will und muß ein modernes europäisches Land werden. Die Diskussion, die die Gewerkschaften mit dem Rücken zur Wand ausfechten, geht um das Ausmaß der sozialen und humanen Kosten dieser Entwicklung, die auch die traditionellen Milieus der spanischen Arbeiterbewegung (beispielsweise in Asturien) wegschleift. Sollen sich die Gewerkschaften in dieser Situation entgegen ihrer

Tradition auf die Vertretung partikularistisch begrenzter Interessen beschränken, ist eine Annäherung an korporatistische Modelle denkbar, die jedoch in Spanien empfindlich an den faschistischen korporativen Staat erinnern würden?

Die Situation ist denkbar ungeklärt - wahrscheinlich müßte die Sozialistische Partei ihre soziale Kompetenz zurückzugewinnen trachten, müßten die Gewerkschaften unter Aufrechterhaltung ihrer Autonomie ihre politische Kompetenz stabilisieren können, ehe eine neue Variante des „sozialistischen Projektes“ nach südeuropäischer Art wieder aufgelegt werden könnte.

### Macht's Europa möglich?

Der europäische Binnenmarkt wird die Lage für Linksparteien und Gewerkschaften in allen zur EG gehörenden Ländern noch verschärfen.<sup>2</sup> Es geht ja nicht nur um die Homogenisierung ganz unterschiedlicher, das heißt konfliktorientierter oder korporativer Strategien unter den Gewerkschaften, um den Ausgleich unterschiedlichen Machtgewichtes in der Öffentlichkeit, das sich zum Beispiel in Organisationsgraden zwischen 90 Prozent in Schweden und zirka 10 Prozent in Frankreich ausdrückt, um genauso extrem unterschiedliche Mitbestimmungsformen, die von autonomen Betriebsvereinbarungen bis zu überbetrieblichen Mitbestimmungsformen nach dem deutschen Montanmodell reichen.<sup>3</sup> Es handelt sich darüber hinaus noch gravierender darum, den Bedeutungsverlust von Linksparteien und Gewerkschaften, also des unken Spektrums überhaupt, bei der Besetzung der zukunftsbezogenen Politikfelder zu überwinden, der Abnahme der öffentlichen Akzeptanz entgegenzuwirken und reale Machtverluste in Aufwärtstrends umzugestalten.

Dies ist bei allen Unterschieden die Aufgabe aller unken Kräfte in allen in Rede stehenden europäischen Ländern, wobei noch erst ganz undeutlich erkennbar ist, welche Auswirkungen die Öffnung Ostdeutschlands und Osteuropas für freiheitlich-demokratische Partizipationsmodelle haben wird für ein Linkes Projekt der Modernisierung. Für ein solches Projekt werden projektive Überschneidungen zwischen klassischen Formen der „Sozialdemokratisierung“ (im Sinne einer reformorientierten programmatischen Entdogmatisierung und Entideologisierung) und libertär-demokratischen gesellschaftlichen Netzwerken unentbehrliche Bestandteile sein.

Gewiß kein Kinderspiel, wohl aber eine provokante Aufgabe angesichts des Faktums, daß die „andere Seite“ den Homogenisierungsprozeß unterschiedlicher Interessenlagen bereits weitreichend absolviert hat.

2 Zur Lage der europäischen Arbeiterbewegung vor den Toren des europäischen Binnenmarktes vgl. Helga Grebing, Arbeiterbewegung in Europa oder europäische Arbeiterbewegung, in: Pastoraltheologie 80, 1991, 9, „Das neue Europa als christliche Verantwortung. Günter Brakelmann zum 60. Geburtstag“; hier finden sich auch ausführliche Literaturhinweise.

3 Vgl. Arbeitnehmervertretung und Arbeitnehmerrechte in den Unternehmen Westeuropas, hrsg. vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI), Brüssel 1990.